KLIPP&KLAR.

Oktober 2021

Der neue Koalitionsvertrag

Ein Programm des Stillstands, kein Geld für Kitas, Schulen und Krankenhäuser

»Seite 2 & 3

Der neue Vergabemindestlohn

Fauler Kompromiss der SPD, neue Regeln können einfach umgangen werden »Seite 5

Klimaschutz und Umwelt auf dem Abstellgleis

CDU, SPD und FDP ohne kraftvolle Agenda

»Seite 6







Liebe Leser*innen,

fünf richtungsweisende Jahre stehen Sachsen-Anhalt bevor. Wir müssen die Frage beantworten, wie wir einen starken Sozialstaat garantieren – mit gerechten Löhnen, soliden Renten, guten Schulen und Krankenhäusern sowie kostenfreien Kitas – und vor allem allen Kindern gerechte Zukunftschancen gewähren. Sachsen-Anhalts neue

Koalition aus CDU, SPD und FDP gibt hierfür keine Garantie, denn der neue Koalitionsvertrag wirkt nur auf den ersten Blick optimistisch.

Haseloffs Regierung verspricht Dinge, die sie nicht halten kann, weil nicht dargelegt wird, wo all das Geld für die versprochenen Vorhaben herkommen soll. Es fehlen insgesamt drei Milliarden Euro. Der Ministerpräsident bleibt hier den Bür-

ger*innen eine Antwort schuldig. Sachsen-Anhalt wird weiter verlieren, statt sich positiv zu entwickeln.

Meine Fraktion steht für einen sozialen Aufbruch und eine Investitionsoffensive für alle Menschen in diesem Land. Wir lassen kein Kind zurück und kümmern uns um diejenigen, die sonst nicht gehört werden.

Ihre Eva von Angern

Der neue Koalitionsvertrag:

Sachsen-Anhalt hat eine neue Landesregierung, die über Wochen einen Koalitionsvertrag ausgehandelt hat, der unfertig und mutlos daher kommt. Inhaltliche, beherzte Debatten gab es zwischen CDU, SPD und FDP nur dann, wenn es um Posten ging. Dieses unnütze Gerangel um Macht hatte seinen ersten Höhepunkt in der gescheiterten Wahl Reiner Haseloffs zum Ministerpräsidenten im ersten Wahlgang. Hier wurde die oberflächliche Geschlossenheit der neuen Koalition zum frühestmöglichen Zeitpunkt durchbrochen.

Sachsen-Anhalt braucht jedoch pragmatische, konstruktive Auseinandersetzungen über die Zukunft des Landes, statt Machtspielchen. Nicht nur, weil uns die sozialen Schäden des Corona-Lockdowns noch lange beschäftigen werden, sondern weil Niedriglöhne, Kinder- und Altersarmut, sozialverträgliche Antworten auf den Klimawandel und die Digitalisierung die drängenden Probleme unseres Landes sind. Was hat die neue Koalition von CDU, SPD und FDP dafür zu bieten?

Die neue Koalition schmückt sich mit vielen Versprechungen: Von der Renovierung von Schulen und »Die Antworten auf diese Herausforderungen, die der Koalitionsvertrag gibt, sind nicht zeitgemäß, sind kleinteilig. So wird Sachsen-Anhalt weiter verlieren. Wir bleiben weiter das Land, durch das durchgefahren wird. Mehr nicht.«

Eva von Angern, aus ihrer Rede »Damit nach den Wahlen nicht der Rotstift regiert – Soziale Sicherheit statt Abstiegsagenda in Sachsen-Anhalt und im Bund!«

Sportstätten, über ein neues Digitalisierungsprogramm bis hin zur Ankündigung neuer Corona-Hilfen für die Gewerbetreibenden. Wir zählen insgesamt 47 neue Landesprogramme mit schönen Titeln und guten Absichten. Die meisten von ihnen sind weder finanziell, noch terminlich im Koalitionsvertrag untersetzt. Das ist kein Zufall, sondern ein Grundmuster dieser Koalition, die ausgesprochene und unausgesprochene Konflikte zwischen den Partnern auf unbestimmte Zeit vertagt. Die Liste der Vorhaben ist lang. Zugleich wurde festgeschrieben, dass bis 2022/23 insgesamt 3 Milliarden Euro

aus dem Landeshaushalt herausgekürzt werden sollen. Wie das geschehen soll, bleibt offen. Das ist schlichtweg weder umsetzbar, noch zumutbar. Kritikwürdig ist auch der faule Kompromiss zum Landesmindestlohn, mit dem zugleich Tricks entstehen sollen, ihn zu umgehen.

Kapitulation vor dem Unterrichtsausfall

Wer im Koalitionsvertrag nach konkreten Aussagen zur Überwindung des Lehrer*innen-Mangels sucht, wird nichts finden. Die Überwindung des Lehrkräftemangels als größte Herausforderung für das Schulsystem, existiert dort als Aufgabe überhaupt nicht mehr. Hat die alte Regierung den Kampf gegen den Mangel zumindest noch auf der Fahne, hat die neue Regierung diesen Kampf aufgegeben. Alle konkreten Ziele der alten Koalition zur Sicherung Unterrichtsversorgung wurden komplett eliminiert. Stattdessen sollen Alibi-Projekte wie die "Talenteschulen" von der drögen Mangelverwaltung ablenken. Eine bessere Bezahlung der Grundschullehrer*innen wird es nicht geben. Da muss man sich nicht wundern, wenn Sachsen-Anhalt bei der Gewinnung neuer Lehrkräfte stets das Nachse-

Schwer wiegt außerdem der Verzicht der SPD auf die im Wahlkampf versprochene Kostenfreiheit bei den Kita-Beiträgen, die versprochene Ganztagsbetreuung flächendeckende Bereitstellung und Förderung von Fachkräften bei der frühkindlichen Bildung. Das war ein weiteres Eintrittsgeld der SPD für die Regierungsbeteiligung. Gemüter der SPD hat iedoch vor allem die eigene Postenfrage bewegt, d. h. der Verzicht auf das Wirtschafts-

Kommentiert - kurz und knapp



»Wir bleiben bei unserer Position: der ÖPNV gehört in öffentliche Hand, um den Bürger*innen einen verlässlichen Betrieb zu garantieren und die Mobilitätswende voranzutreiben. Die Vergangenheit hat gezeigt: Privatisierungswahn geht zulasten der Fahrgäste sowie Beschäftigen und führt geradezu auf's Abstellgleis.«

Guido Henke, verkehrspolitischer Sprecher, zur Abellio-Pleite »Unser Land ist gespalten: in Millionen von Verlierer*innen und wenigen Gewinner*innen mit obszönem Reichtum. Deshalb brauchen wir eine Debatte über eine angemessene Vermögensbesteuerung und eine große Steuerreform auf Bundesebene, die Normal- und Geringverdiener*innen entlastet.«

Fraktionsvorsitzende Eva von Angern zur Aktuellen Debatte im Landtag



Ein Programm des Stillstands

gegangen ist.

Die SPD hält sich zugute, mehr Investitionen für die Krankenhäuser vereinbart zu haben. Was davon umgesetzt wird, werden wir im Landeshaushalt sehen. Die Menschen im Land verlangen jedoch nach mehr. Nämlich nach einer Aussicht auf die Rücknahme der Krankenhausprivatisierung. Die hat derzeit nur DIE LINKE mit ihrem Konzept einer Landesgesellschaft

ministerium, das an die CDU für Krankenhäuser im Angebot.

Regieren mit dem **Rotstift?**

Im Unterschied zu anderen Bundesländern hat Sachsen-Anhalt bisher kaum die Möglichkeit der Notlagenkredite in der Pandemie zur Finanzierung von Förderprogrammen genutzt. Dabei zahlt das Land

derzeit kaum Zinsen auf seine Anleihen. Während sich kein Unternehmen zu Null-Prozent-Zinsen finanzieren kann, verzichtet die Haseloff-Regierung bislang auf dieses Instrument für eine Investitionsoffensive. Nachdem sich die CDU noch 2020 gegen entsprechende Anträge der LINKEN gewehrt Pandemiefolgen durch kreditfinanziertes Sondervermögen zu bewältigen, soll sich nun etwas ändern. Immerhin 1,5 Milliarden Euro sollen mobilisiert werden. Ein verzagter Schritt in die richtige Richtung. Angesichts der coronabedingten Steuerausfälle lassen sich damit keine großen Sprünge machen. Aus

unserer Sicht gilt: Nicht kleckern, sondern klotzen! Sonst regiert bald der Rotstift.

Sachsen-Anhalt benötigt dagegen eine nüchterne Bilanz des politischen Handlungsbedarfs für die nächsten fünf Jahre - nicht Halbheiten, Realitätsflucht, Bürokratie, Beratungsresistenz, Schönfärberei und Unverbindlich-

Die Fraktion DIE LINKE wird in den kommenden Jahren das soziale Gewissen im Landtag sein und dafür streiten, dass Sachsen-Anhalt nicht das Land bleibt, durch das nur hindurchgefahren wird.

Eine Liste der Halbheiten und Luftnummern

Die neue Koalitionsvereinbarung im Faktencheck

Es werden neue Programme Schulsanierung, Sportund Schwimmhallen angekündigt. Einzelhandel und Tourismus sollen mit einem "Neustart-Programm" unterstützt werden. Gleichzeitig sollen 2022/23 im gesamten Haushalt ca. 3 Milliarden Euro gekürzt werden.

DIE LINKE meint: Diese Rotstiftpolitik geht zu Lasten derjenigen, die unter dem Lockdown am meisten zu leiden hatten.

Den Schulen wird eine Personalausstattung von 103 Prozent versprochen. Konkrete Aussagen zur Neueinstellung von Lehrer*innen? Fehlanzeige! DIE LINKE meint: Eine Luftnummer, Haseloff & Co haben den Kampf gegen den Mangel an den Schulen aufgegeben.

Die Kommunen sollen ca. 100 Millionen Euro mehr bekommen. Die Unterausstattung beträgt jedoch 300 Millionen.

DIE LINKE meint: Diese Halbheiten lösen den Investitionsstau in Städten und Gemeinden nicht auf.

»Die CDU ist und bleibt die Partei von Schulschlie-Bungen. Sie will die Zahl der Schulen im Land Sachsen-Anhalt weiter begrenzen und reduzieren, obwohl die Schulnetze schon heute zum Zerreißen gespannt sind. Dieser fortgesetzte Rückzug öffentlicher Schulen ist verfassungswidrig.«

Thomas Lippmann, bildungspolitischer Sprecher, Schulstruktur





»Wir lassen uns nicht einschüchtern. Wir werden auch weiterhin der zunehmenden Verrohung in der Gesellschaft entschieden entgegengetreten. Auch dafür bleibe ich weiter in Merseburg und im Saalekreis aktiv! Die Fraktion DIE LINKE und ihre Abgeordneten stehen für Toleranz und Solidarität.« Kerstin Eisenreich zum Angriff auf ihr Bürgerbüro in Merseburg

Wir sind die neue Linksfraktion

Mit der neuen Legislaturperiode sind einige Veränderungen in unserer Landtagsfraktion verbunden. In der 8. Wahlperiode zählt die neue Fraktion 12 Abgeordnete.

Wir freuen uns mit Nicole Anger und Andreas Henke zwei neue Gesichter begrüßen zu dürfen. Die Magdeburgerin Nicole Anger wird künftig für Gesundheitspolitik, Kinder- und Jugendpolitik sowie für Politik für Menschen mit Beeinträchtigungen zuständig sein. Andreas Henke, ehemaliger Oberbürgermeister von Halberstadt, übernimmt die Bereiche Finanzen, Haushalt und Bevölkerungsschutz.

Dem neuen Fraktionsvorstand gehören Eva von Angern als Fraktionsvorsitzende, Thomas Lippmann als stellv. Frak-

tionsvorsitzender, Christina Buchheim als stellv. Fraktionsvorsitzende und Stefan Gebhardt als parlamentarischer Geschäftsführer an.

Wir haben viel vor: Wir werden unsere Kernthemen noch stärker in den Fokus rücken, für diese mobilisieren und so parlamentarischen und öffentlichen Druck aufbauen. Druck, den es braucht, um Sachsen-Anhalt für Sie und uns alle wieder attraktiver und lebenswerter zu machen. Der Kampf für soziale Gerechtigkeit und eine solidarische Gesellschaft ist und bleibt unser Auftrag.

Was wünschen Sie sich von uns? Schreiben Sie uns an fraktion@dielinke. It.sachsen-anhalt.de



Andreas Henke (Finanzpolitik, Haushalt, Bevölkerungsschutz, Feuerwehr, Rettungsdienst, Zivil- und Katastrophenschutz)



Nicole Anger (Kinder- und Jugendpolitik, Gesundheitspolitik, Politik für Menschen mit Beeinträchtigung)



Monika Hohmann (Sozialpolitik, Arbeitsmarkt, SGB II, Ausbildung, Familien, Senioren, Rente)



Hendrik Lange (Wissenschaftspolitik, Hochschulen, Forschung, Umweltpolitik, Naturschutz, Digitalisierung, Netzpolitik)



Eva von Angern (Fraktionsvorsitzende, Rechtspolitik, Justiz, Verfassungsschutz, Gleichstellungspolitik, Frauen, LSBTTI, Kampf gegen Kinderarmut)



Christina Buchheim (stellvertretende Fraktionsvorsitzende, Kommunalpolitik, Kommunalpolaben, Petitionen)



Kerstin Eisenreich (Agrarpolitik, ländliche Räume, Energiepolitik, Wasser, Abwasser, Strukturwandel. Verbraucherschutz)



Wulf Gallert (Landtagsvizepräsident, Wirtschaftspolitik, Europapolitik, internationale Zusammenarbeit, Tourismus. Religionen, Kirchen)



Henriette Quade (Innenpolitik, Asyl und Migration, Antifaschistische Politik, Datenschutz)



Stefan Gebhardt (Parlamentarischer Geschäftsführer, Kulturpolitik, Medienpolitik, Rundfunk)



Guido Henke (Landesentwicklung, Verkehrspolitik, ÖPNV, Stadtentwicklung, Stadtumbau, Wohnungspolitik, Mieten)



Thomas Lippmann (stellvertretender Fraktionsvorsitzender, Bildungspolitik, Erwachsenenbildung, Sportpolitik, Tarif- und Beamtenpolitik (PersVG))

Vergabemindestlohn: Versprochen – **gebrochen** von Wulf Gallert, wirtschaftspolitischer Sprecher

Die Löhne im Osten sind nach im gesamten Bundesgebiet über 30 Jahren Wiedervereinigung von Ost und West im bundesweiten Vergleich immer noch viel zu gering. Stabile Löhne durch flächendeckende Tarife und die Bindung an einen bundesweit geltenden Mindestlohn schaffen hier Abhilfe. Die Fraktion DIE LINKE steht für einen Mindestlohn von 13 Euro und die Abschaffung des Niedriglohnsektors. Nur gute Löhne garantieren ein würdiges Leben auch im hohen Alter, ohne Aufstockung der Rente und Altersarmut.

Die SPD hat in den neuen Koalitionsvertrag einen Vergabemindestlohn in Höhe der von uns geforderten 13 Euro eingeschrieben - ein sozialpolitisches Schaufensterstück. Offensichtlich geht die SPD in Sachsen-Anhalt davon aus, dass ihre Forderung aus dem Bundestagswahlkampf, nämlich 12 Euro Mindestlohn, entweder nicht ausreichend ist oder nicht umgesetzt wird. Trotzdem erkennen wir an, dass die SPD sich teilweise gegen die CDU und FDP im Land durchgesetzt hat. Noch 2020 war der damalige SPD-Wirtschaftsminister Armin Willingmann an der Blockade der CDU gescheitert, den Landes-Vergabemindestlohn auf 11,43 Euro zu erhöhen.

Mindestlohn von 9,50 Euro reicht nicht aus

In der Tat könnten sich 13 Euro im Ländervergleich sehen lassen. Von dem mickrigen Bundes-Mindestlohn von derzeit 9,50 Euro mal ganz zu schweigen. Schon bei der Einführung des gesetzlichen Mindest-Johns im Jahr 2015 profitierte Sachsen-Anhalt am stärksten davon. Einen gewissen Schub bei der Einkommensgerechtigkeit kann ein solcher Vergabemindestlohn in unserem Land auslösen

Koalitionen sind stets ein Geben und Nehmen. Und so scheinen CDU und FDP ihre Blockadehaltung beim Mindestlohn zugunsten des erneuten Koalitionseintritts der SPD zurückgestellt zu haben. Dafür haben sie sich jedoch eine Gegenleistung gesichert, die dem oberflächlichen Eindruck, die wirtschaftsliberalen CDU und FDP hätten den Sozialdemokraten nachgegeben, korrigiert. Wer sich die Details anschaut, der wird eher zu dem Schluss kommen, dass die SPD eine Einigung eingegangen ist, die ihr noch schwer im Magen liegen wird.

Ein fauler Kompromiss der SPD

Denn zugleich sollen auch die sogenannten Schwellenwerte

für die Vergabe öffentlicher Aufträge erhöht werden: Für Dienstleistungen von bisher 25.000 auf 40.000 Euro, für Bauleistungen sogar auf bis zu 1 Millionen Euro. Damit, so die Kritik von DGB-Landeschefin Susanne Wiedemeyer, könnten die neuen Regelungen bei Ausschreibungen durch Landesbehörden und Kommunen gleich wieder umgangen werden, z. B. wenn Leistungen unter den angehobenen Schwellenwerten ausgeschrieben sind. Alle Aufträge der öffentlichen Hand, die unterhalb dieser Schwellenwerte liegen, werden zukünftig vom Vergabegesetz gar nicht mehr erfasst. Damit gilt in diesem Bereich auch der neue Vergabe-Mindestlohn nicht.

Es ist nicht zu erwarten, dass die Erhöhungen der Schwellenwerte, die auch im Vergleich zu anderen Bundesländern ungewöhnlich sind, Gesetzgebungsprozess wieder wegverhandelt werden. Der vermeintliche Erfolg der SPD in den Koalitionsverhandlungen läuft damit ins

Leere. Darüber hinaus kann nach der bisherigen Formulierung der Vergabemindestlohn auch dann umgangen werden, wenn es in diesem Bereich Tarifverträge gibt, die unterhalb dieser Schwellenwerte liegen.

Noch ein anderer Fakt sollte zu denken geben: In der Landesregierung ist das Wirtschaftsministerium für das Vergaberecht zuständig. Die SPD hat also nicht nur einem faulen Kompromiss zugestimmt, sondern die Zuständigkeit für ihr Vorzeigeprojekt in die Hände des neuen CDU-Wirtschaftsministers Schulze gelegt. Damit bestimmt wieder die CDU über die Zukunft anständiger Löhne in Sachsen-Anhalt - die Partei, die sich immer dagegen gewehrt hat, solche Mindestlöhne einzuführen.

Letztlich bleibt zu betonen, dass die Festlegung zu öffentlichen Vergaben im Koalitionsvertrag keine wesentliche Verbesserung aus der Perspektive von Arbeitnehmer*innen darstellt.



Klimaschutz und Umwelt auf dem **Abstellgleis**

Die Landwirtschaft kämpft mit Dürre-Perioden und die Wälder sterben. Die Fraktion DIE LINKE steht für eine sozialverträgliche Klimapolitik, die zukünftigen Generationen eine intakte Flora und Fauna garantiert. Dem gegenüber steht der aktuelle Koalitionsvertag von CDU, SPD und FDP, der Klima und Umwelt auf die Resterampe schiebt.

Kerstin Eisenreich, zuständig für ländliche Räume Energiepolitik, macht deutlich: »Umweltpolitik und Klimaschutz spielen für die neue Koalition keine Rolle. Stattdessen steht die neue Landesregierung beim Erreichen der Klimaziele und bei CO2-Einsparungen auf der Bremse. Sachsen-Anhalt verliert so unnötig Zeit. Im Poker um Macht wurden Umweltund Klimapolitik von der Landwirtschaft abgetrennt.«

SPD-Minister Willingmann soll ein zusammengewürfeltes Ministerium für Wissenschaft, Energie, Klimaschutz und Umwelt führen. Damit ist die Wissenschaft zum Verschiebebahnhof verkommen, statt - wie DIE LINKE gefordert hat - Wissenschaft und Bildung zu

Hendrik Lange, Sprecher für Forschung und Umwelt, betont: »Eine kraftvolle Agenda für einen sozialverträglichen Klimaschutz ist nicht geplant. Klimaschutz muss ganzheitlich betrachtet werden. Stattdessen finden diese Themen im neuen Koalitionsvertrag wenig Beachtung. Mit fatalen Folgen: Der Ausbau Erneuerbarer Energien muss angegangen werden, um den Ausstieg aus der Kohle 2038 zu garantieren. Parallel dazu

brauchen die Menschen eine stabile Energieversorgung, ohne überzogene Verbraucher*innen-Preise.«

Drängende Fragen bleiben offen: Wie soll der Landeswald vor Spekulationen geschützt werden? Wie soll die Rolle unserer Wälder als Klimaschützer gestärkt werden? Welche Lösungen gibt es im Konflikt

zwischen Naturpark Harz und privaten Waldbesitzer*innen? Über allen schwebt der Haushaltsvorbehalt, Investitionsgarantien gibt der Koalitionsvertrag nicht her.

Angesichts der Weigerung der Landesregierung Kredite aufzunehmen, sieht es hier für unser Land düster aus.

Klimaklage gegen Sachsen-Anhalt

Die Deutsche Umwelthilfe und Fridays for future verklagen das Land vor dem Bundesverfassungsgericht. Mit der Klage soll ein Gesetz zum Landesklimaschutz erzwungen werden. Ziel ist es, Treibhausgasemissionen zu reduzieren und die Pariser Klimaschutzziele einzuhalten. Die Fraktion DIE LINKE befürwortet die Klage und fordert eine umfassende Verkehrswende sowie Klimaneutralität bis 2035.

Fall Oury Jalloh: Wieder eine Legislaturperiode ohne Aufarbeitung?

Parlaments.

Was am 7. Januar 2005 in einer Zelle in einem Dessauer Polizeirevier genau geschah, ist bis heute ein Rätsel. Wie konnte ein an Händen und Füßen auf einer feuerfesten Matratze fixierter Mann in einer Zelle durch einen Brand zu Tode kommen? Wieso kam niemand zu Hilfe? Wie sind seine Verletzungen entstanden? Was ist damals wirklich passiert?

Seit mehr als einem Jahr-

zehnt harrt der Polizei- und Justizskandal um den Tod von Oury Jalloh in Polizeigewahrsam der Aufklärung. Aufklärung, die wir nicht nur den Hinterbliebenen schuldig sind. Es geht um Rassismus in der Polizei, es geht um Beamte, die lügen und Aufklärung behindern. Es geht um Vertrauen in Polizei und Justiz. Beim Untersuchungsausschuss geht es um die Verantwortung des

heute weder aufgeklärt noch aufgearbeitet. Etliche Fakten sprechen gegen die offizielle Version. Jetzt verweigert die SPD einen Untersuchungsausschuss und bricht ihr Wort. Damit hat sie die notwendige Aufarbeitung des Falls Oury Jalloh zur Verhandlungsmasse in den Koalitionsverhandlungen macht. Das ist unwürdig.«

Dass die SPD jetzt einem

Parlamentarischen Untersu-

chungsausschuss eine Absage

erteilt hat, ist für unsere In-

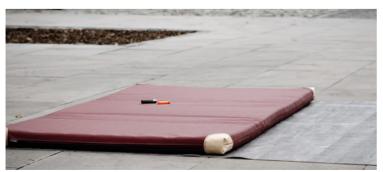
nenexpertin Henriette Quade

»Der Fall Oury Jalloh ist bis

nicht nachvollziehbar:

Tatsächlich hatte SPD-Landesvorstand im Sommer 2020 erklärt, die SPD würde unmittelbar nach der Landtagswahl einen parlamentarischen Untersuchungsausschuss beantragen. Dass sie jetzt behauptet, es gäbe keine parlamentarischen Instrumente mehr, um diesen Skandal aufzuarbeiten, bezeichnet Henriette Quade als unwahr und schäbig.

Die neue Landesregierung scheint kein Interesse an der Aufarbeitung zu haben. Das gilt nicht für die Zivilgesellschaft. Während Haseloff am 16. September 2021 bei seiner Wahl zum Ministerpräsidenten im ersten Wahlgang durchfällt, demonstrieren vor dem Landtag zahlreiche Menschen für Aufklärung und Aufarbeitung. Vor dem Landtag liegen eine Matratze und ein Feuerzeug. Ein Symbol, das mahnt und Handlungsauftrag ist.



Feuerzeuge auf einer Matratze, Oury Jalloh-Kundgebung vom 16.09.2021 vor dem Landtag Magdeburg

Für Schulen mit Zukunft!

Unterrichtsausfall, Schulschließungen – die Pandemie hat für Schüler*innen sowie Eltern eine weitere besondere Belastung dargestellt. Über die Lage an den Schulen diskutierten Eva von Angern, Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE, und Felix Schopf, Vorsitzender des Landesschüler*innen-Rat. Wie hat die Pandemie das Lernen verändert?

Felix Schopf: Die Pandemie hat gezeigt, dass Online-Lernen möglich ist. Zugleich wurde deutlich, welche Schwächen in der Verwaltung, Digitalisierung und Infrastruktur dafür vorhanden sind. Das alles geschah auf dem Rücken der Schüler*innen.

Eva von Angern: Die Pandemie wirkt wie ein Brennglas auf Lehrkräfte und Schüler*innen. Das mangelnde Tempo der Landesregierung bei der Digitalisierung und dem Breitbandausbau mussten die jungen Menschen ausbaden, die zu Hause saßen und nicht gut am Online-Unterricht teilneh-

men konnten, weil die Verbindung hakte.

Der Lehrkräftemangel beschäftigt uns seit vielen Jahren. Sind Verbesserungen zu spüren?

FS: Wir haben im Land Schulen, die bei einer Unterrichtsversorgung von 70 Prozent liegen. Das darf nicht sein! Es gehen immer mehr Lehramt-Absolvent*innen aus Sachsen-Anhalt weg. Viele Lehrer*innen gehen in den Ruhestand, nur wenige kommen nach. Der Mangel ist gravierend.

EvA: Es fehlen innovative Konzepte, um Neueinstellungen zu steigern. Es reicht nicht aus, dass Wochen nach Schulstart Stellen ausgeschrieben werden. Das Bildungsministerium wartet darauf, dass sich der Lehrkräftemangel in Luft auflöst und Absolvent*innen die Lücken schließen. Um Lehrkräfte an die Schulen zu bekommen braucht es aber eine gerechte Bezahlung, die im Ländervergleich besteht.

Welche Folgen haben Unterrichtsausfall und immer länger werdende Schulwege?

FS: Stress und Überforderung – fast alle Schüler*in kennen das. Lehrer*innen kommen mit den Lehrplänen nicht hinterher, Arbeitsgemeinschaften werden gestrichen, außerschulische Aktivitäten kommen zu kurz. Schüler*in in Sachsen-Anhalt zu sein, ist nicht einfach.

EvA: Dazu kommen mangelhafte ÖPNV-Verbindungen. Die Wege zur Schule werden immer länger, Schüler*innen nehmen stundenlange Fahrten auf sich. Die Schulstruktur wird ausgedünnt, Neugründungen von Grund- bzw. Sekundarschulen werden durch Verordnungen blockiert. Hier muss gegengesteuert werden. Wie lässt sich mehr Beteiligung der Schüler*innen umsetzen?

FS: Die Stimmen der Schüler*innen werden kaum gehört. Mehr Partizipation würde für ein gerechteres Bildungs-



Felix Schopf und Eva von Angern

system sorgen. Die Zukunft gehört uns allen, nicht nur den erwachsenen Entscheidungsträger*innen.

EvA: Die Schüler*innen müssen mitgenommen werden, hier ist die Pandemie ein übles Beispiel. Statt Schüler*innen bei der Erstellung Pandemie-Maßnahmen der einzubeziehen, kennt die Landesregierung nur Strafgelder, bspw. um die Maskenpflicht durchzusetzen. Strafgelder sind das falsche Signal. Jungen Menschen muss erklärt werden, warum Maßnahmen getroffen werden. Dann steigt auch die Akzeptanz.

Ohne geht es nicht: AWO Salzland

Jugendhilfe, Kinder- und Seniorenarbeit, Suchtberatung und Tafeln - die Aufgaben der Arbeiterwohlfahrt sind vielfältig. Dennoch sind die teilweise ehrenamtlich arbeitenden Angestellten motiviert, die sozialen Dienste im ländlichen Raum am Laufen zu halten. Die AWO steht, neben Paritätischem, Johanniter-Unfall-Hilfe oder Internationalem Bund, beispielhaft für helfende Hände vor Ort, die Aufgaben übernehmen, die die öffentliche Hand selbst nicht leisten kann oder will.

Doch wie steht es um die sozialen Träger vor Ort? Ines Grimm-Hübner ist Geschäftsführerin im AWO Kreisverband Salzland und freut sich, dass die Angebote der AWO von Familien, Kindern und Senior*innen gut angenommen werden. Zeitgleich muss sie viele Hürden überwinden, um gerade den Betrieb im ländlichen Raum aufrechtzuerhalten. Grimm-Hübner: »Hier im Salzlandkreis kämpfen wir mit unseren Tafeln täglich gegen Armut. Der Andrang ist leider sehr hoch und wir müssen mit Fahrzeugen viele Standorte anfahren, um den ganzen Bedarf zu decken. Das Geld dafür muss durch Spenden besorgt werden. Eine feste Förderung durch die Landesregierung würde uns dauerhaft helfen.« Stattdessen wird das Finanz-Korsett enger, auch bei der Altenversorgung. »Die Rente unserer Bewohner*innen in den Altenheimen reicht nicht aus, um steigende Kosten auszugleichen. Der Gesetzgeber muss dafür sorgen, dass die Eigenanteile der Senior*innen gedeckelt werden und eine Finanzierung durch die öffentliche Hand dazukommt.«, so die AWO-Geschäftsführerin.

Die Fraktion DIE LINKE steht für einen grundlegenden Wandel in der Sozialpolitik. Die Beschäftigen brauchen feste Stellen mit gerechten Löhnen, statt Ehrenamtspauschalen und begrenzter Projektförderung. Gute Arbeit und Löhne sind Garant gegen Kinder- und Altersarmut. DIE LINKE steht Seite an Seite mit der AWO und allen sozialen Trägern im Land, die Großes für unsere Gesellschaft leisten.



AWO Salzland holt Lebensmittel ab, die durch die Aktion »Kauf eins mehr!« gespendet wurden.

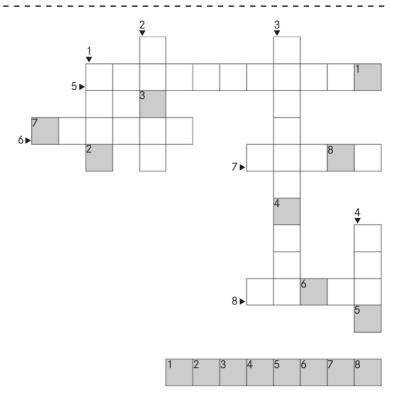
- 1. Aus wie vielen Fraktionen besteht die aktuelle Regierung in Sachsen-Anhalt?
- 2. Wie viele Jahre geht normalerweise die Legislaturperiode im Landtag von Sachsen-Anhalt?
- 3. Was haben Deutsche Umwelthilfe und Fridays For Future beim BVG eingereicht?
- 4. So viele Stunden arbeiten Arbeitnehmer*innen in Sachsen-Anhalt mehr pro Woche.
- 5. Die neue Regierung in Sachsen-Anhalt ist die ...-Koalition
- 6. Ein parlamentarisches Instrument ist die ... Anfrage.
- Womit unterstützt die AWO Salzland Bedürftige mit Nahrungsmitteln?
- 8. Zwei LINKE-Abgeordnete, ein Nachname.

Lesen lohnt sich. Denn wer unsere Zeitung aufmerksam liest, gewinnt mit etwas Glück einen von drei Preisen!

- 1. Preis 60 Euro Gutschein für ein Restaurant Ihrer Wahl
- 2. Preis 40 Euro Gutschein für eine Bücherei Ihrer Wahl
- 3. Preis 20 Euro Gutschein für ein Kino Ihrer Wahl

Schicken Sie das Lösungswort mit dem Stichwort »Gewinnspiel« bis zum 7. Januar 2022 per Mail oder Post an gewinnspiel@dielinke.lt.sachsen-anhalt.de,

DIE LINKE. Fraktion im Landtag von Sachsen-Anhalt, Domplatz 6-9, 39104 Magdeburg



Gewinnspielteilnahme ab 18. Wir erheben, speichern und verarbeiten personenbezogene Daten ausschließlich zur Durchführung und Abwicklung des Gewinnspiels und um Sie im Falle eines Gewinns zu benachrichtigen. Eine Weitergabe der Daten an Dritte findet nicht statt. Sie können die Einwilligungen jederzeit durch Nachricht an uns widerrufen. Ihre Daten werden anschließend gelöscht. Keine Barauszahlung der Preise. Der Rechtsweg ist ausgeschlossen.

Wir lieben es, zu spenden:



Birke Bull-Bischoff und Kerstin Eisenreich übergeben die Spenden, (Foto: Dr. Wolfgang Kubak)

Zur Unterstützung des Projektes: Sportcamp »Gemeinsam mit Sport gegen Mobbing« der Solejugend Bad Dürrenberg e. V. haben Birke Bull-Bischoff (für den Verein

der Bundestagsfraktion) und Kerstin Eisenreich (für den Solidarfonds unserer Landtagsfraktion) am Sonntag insgesamt 1.350 Euro gespendet.



Nicole Anger (links) überreicht die Spende.

Sie möchten die »Klipp&Klar« künftig digital erhalten oder haben Interesse an Einfach ausschneiden und an Informationsmaterialien unserer Fraktion? Fraktion DIE LINKE. im Landtag von Sachsen-Anhalt Bitte senden Sie mir die »Klipp&Klar« künftig an folgende E-Mail-Adresse: Domplatz 6-9 39104 Magdeburg senden. Bitte senden Sie mir Informationsmaterialien an folgende Adresse: Oder schicken Sie uns eine E-Mail mit dem Betreff »Klipp&Klar« an fraktion@dielinke.lt.sachsen-

Für das Zirkusprojekt der Grundschule »Am sungsweg« in Magdeburg überreichte Nicole Anger 300 Euro aus unserem Solifonds.



Soziale Netzwerke





fb.com/FraktionDIELINKE.LSA





twitter.com/LinksfraktionSt





instagram.com/linksfraktion_lsa

Impressum

Fraktion DIE LINKE. im Landtag von Sachsen-Anhalt

sen-anhalt.de

Domplatz 6-9 39104 Magdeburg

Telefon: 0391/5605003 0391/5605008 fraktion@dielinke.lt.sach-Mail:

V.i.S.d.P.: Oliver Wiebe

Redaktion: Karsten Stöber. Oliver Wiebe. Marian Krüger

Layout: Marten Dietrich

Rayk Weber, Fraktion, privat Hinweis: Dieses Material darf nicht zu

Wahlkampfzwecken verwendet werden!